

SEBASTIAN S. SCHMITT

Radikale
Beendigungsmechanismen
im Gesellschaftsrecht

*Schriften zum
Unternehmens- und Kapitalmarktrecht
87*

Mohr Siebeck

Schriften zum Unternehmens- und Kapitalmarktrecht

Herausgegeben von

Jörn Axel Kämmerer, Karsten Schmidt und Rüdiger Veil

87



Sebastian S. Schmitt

Radikale Beendigungsmechanismen im Gesellschaftsrecht

Russian Roulette, Texas Shoot Out und Co.
aus rechtlicher, rechtsvergleichender und
ökonomischer Perspektive

Mohr Siebeck

Sebastian S. Schmitt, geboren 1988; Studium der Rechtswissenschaft in Münster und Paris; 2014 Erste Juristische Prüfung; 2014–2018 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Internationales Wirtschaftsrecht (Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Zivilprozessrecht und Gesellschaftsrecht) der Universität Münster; 2018–2019 Magister Juris (MJur) an der University of Oxford; 2019 Promotion; seit 2014 (Zweit-)Studium Wirtschaft und Recht (B.Sc.) in Münster.

D 6

Zugl.: Münster (Westf.), Univ., Diss. der Rechtswissenschaftlichen Fakultät, 2018

ISBN 978-3-16-159478-6 / eISBN 978-3-16-159479-3

DOI 10.1628/978-3-16-159479-3

ISSN 2193-7273 / eISSN 2569-4480

(Schriften zum Unternehmens- und Kapitalmarktrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2020 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von epline in Böblingen aus der Times New Roman gesetzt, von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Großbuchbinderei Spinner in Ottersweier gebunden.

Printed in Germany.

Meinen Eltern

Vorwort

Diese Arbeit lag der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster im Wintersemester 2018/2019 als Dissertation vor. Die Aktualisierung im Frühjahr 2020 wurde leider durch die Entwicklungen rund um das neue Coronavirus SARS-CoV-2 und die damit verbundenen kurzfristigen Bibliotheksschließungen beeinträchtigt. Rechtsprechung und Literatur konnten zwar größtenteils, aber nicht vollumfassend bis Ende April 2020 berücksichtigt werden. Unberücksichtigt bleiben neben einigen Neuauflagen insbesondere das in Münster nur per Fernleihe erhältliche Werk von *Tobias Mayer*, *Shoot-Out-Klauseln im deutschen GmbH-Recht*, Göttingen 2019 sowie die zum Ende der Überarbeitung gerade erst erschienene Dissertation von *Sönke Bock*, *Gesellschaftsvertragliche Gestaltungen zur Auflösung von Pattsituationen in der Gesellschafterversammlung (Zugleich eine kritische Betrachtung sogenannter Shoot Out-Klauseln)*, Berlin 2020.

Mein besonderer Dank gilt meinem Doktorvater, Herrn Professor Dr. *Ingo Saenger*. Er stand mir nicht nur bei sämtlichen Problemen mit dieser Arbeit beratend zur Seite, sondern hat mir durch die Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter auch wertvolle Einblicke in das akademische Arbeiten erlaubt. Herrn Professor Dr. *Matthias Casper* danke ich für die rasche Erstellung des Zweitgutachtens. Mein Dank gilt auch dem restlichen Team des Münsteraner Lehrstuhls für Bürgerliches Recht, Zivilprozessrecht und Gesellschaftsrecht, das die Entstehung dieser Arbeit nicht zuletzt durch die angenehme Arbeitsatmosphäre unterstützt hat. Stellvertretend seien an dieser Stelle nur *Katharina Adolph*, LL.M., *Kira Dreibrodt*, *Torsten Fitzke*, LL.M., *Niklas Gustorff*, *Moritz Meyer*, *Janine Pietsch*, Dr. *Alexander Scheuch* und *Andrea Freund* genannt. Meine Zeit am Lehrstuhl werde ich in fachlicher und persönlicher Hinsicht stets in bester Erinnerung behalten.

Eine Reihe weiterer Personen hat zum Erfolg dieser Arbeit beigetragen. Herr Professor Dr. *Dean P. Foster* und Herr Professor Dr. *Rakesh V. Vohra* haben mir, ebenso zuvorkommend wie unbürokratisch, einen anderweitig kaum zugänglichen Aufsatz aus ihrer frühen wissenschaftlichen Phase zur Verfügung gestellt. Herrn Professor Dr. *Stephan Schmitz-Herscheidt* danke ich für wertvolle Anregungen zu den kostenrechtlichen Fragen bei der Beurkundung der hier diskutierten Klauseln, Frau *Kim Leonie Kellermann*, M.Sc. für Anmerkungen zu den ökonomischen Feinheiten. Dank gebührt auch der Bibliothek des Max-

Planck-Instituts für ausländisches und internationales Privatrecht in Hamburg, insbesondere Frau *Elke Halsen-Raffel*, die mich im Oktober 2016 zu einem kurzen Rechercheaufenthalt zum französischen Recht empfangen hat. Dem Verlag Mohr Siebeck, namentlich Frau Dr. *Julia Caroline Scherpe-Blessing*, LL.M. (Cantab), Frau Dr. *Charlotte Coy*, Frau *Ilse König* und Frau *Dominika Zgolik*, danke ich für die kompetente Betreuung; Herrn Professor Dr. *Jörn Axel Kämmerer*, Herrn Professor Dr. Dr. h.c. mult. *Karsten Schmidt* und Herrn Professor Dr. *Rüdiger Veil* danke ich für die Aufnahme in die Schriften zum Unternehmens- und Kapitalmarktrecht. Der Arbeitskreis Wirtschaft und Recht im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft hat die Drucklegung durch einen großzügigen Druckkostenzuschuss unterstützt; hierfür bedanke ich mich ebenfalls sehr herzlich.

Mein ganz persönlicher Dank gilt zuletzt meinen Eltern, sowohl für wertvolle Anmerkungen zum Manuskript aus nicht-juristischer Perspektive als auch für die umfassende Unterstützung über viele Jahre. Ihnen ist diese Arbeit gewidmet.

Münster, im April 2020

Sebastian S. Schmitt

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Teil 1: Einleitung	1
§ 1 „Wundermittel“ zur Konfliktlösung im Gesellschaftsrecht?	3
§ 2 Forschungsstand und Forschungsziel	5
§ 3 Gang der Untersuchung	7
Teil 2: Thematischer und rechtsvergleichender Überblick	9
§ 4 Grundlagen radikaler Exitklauseln	11
§ 5 Internationale Perspektive	31
Teil 3: Zulässigkeit nach deutschem Recht	59
§ 6 Formfragen	61
§ 7 „Spiel“ charakter	87
§ 8 Beschränkung des Kündigungs- und Austrittsrechts	89
§ 9 Missbrauchsgefahr	114
Teil 4: Stärken, Schwächen und praktische Realisierung	143
§ 10 Vor- und Nachteile des Verfahrens	145
§ 11 Ökonomische Perspektive	151
§ 12 Rechtspraktische Realisierung	191
Teil 5: Schlussbetrachtung	217
§ 13 „Licht und Schatten“	219
§ 14 Zusammenfassung in Thesen	222
Literaturverzeichnis	227
Sachverzeichnis	255

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Teil 1: Einleitung	1
§ 1 „Wundermittel“ zur Konfliktlösung im Gesellschaftsrecht?	3
§ 2 Forschungsstand und Forschungsziel	5
§ 3 Gang der Untersuchung	7
Teil 2: Thematischer und rechtsvergleichender Überblick	9
§ 4 Grundlagen radikaler Exitklauseln	11
A. Ablauf und Spielarten	11
I. Initiierung	11
1. Abkühlungsphase	11
2. Beschränkte oder freie Anwendbarkeit?	12
3. Deadlock als typisches Trigger Event	13
4. Entscheidungsfreiheit oder automatisierte Einleitung?	15
II. Preisermittlungsverfahren am Beispiel des Russian Roulette	15
1. Initiierende Erklärung des Anbietenden	16
2. Reaktion und Erklärung des Angebotsempfängers	16
III. Varianten und Abwandlungen	19
1. Texas Shoot Out/Sale Shoot Out	19
2. Sealed Bid	20
3. Deterrent Approach	22
IV. Dogmatik des Vertragsschlusses	22
B. Terminologie	23
I. Deutschsprachiger Raum	23
II. Englischsprachiger Raum und Frankreich	25
C. Joint Ventures als Hauptanwendungsfall	26
I. Begriffsbestimmung und Erscheinungsformen	27
II. Gesellschaftsform und Formpflichten	28
D. Zwischenfazit: Gestalterische Freiheit und terminologische Verwirrung ..	29

§ 5	<i>Internationale Perspektive</i>	31
A.	Frankreich	32
I.	Ausschlussklausel und Sanktionscharakter	32
1.	Entscheidungen der Gerichte	33
2.	Stellungnahme	34
II.	Pflichtverletzung durch zu niedriges Angebot	35
1.	Entscheidungen der Gerichte	36
2.	Stellungnahme	37
a)	Zufälligkeit des Verfahrens	37
b)	Disproportional niedriges Übernahmeangebot	38
aa)	Der Preis des Dritten	39
bb)	Der Preis der Mehrheitsgruppe	40
III.	Bestimmtheit des Kaufpreises	40
1.	Sachverhalt und Entscheidung des Gerichts	41
2.	Stellungnahme	41
a)	Gesetzliche Grundlagen der Kaufpreisfestlegung	41
b)	Anwendung auf Russian Roulette und Texas Shoot Out	43
B.	USA	44
I.	Fiduciary duties und Pflicht zur Offenlegung	46
1.	Entscheidungen der Gerichte	46
2.	Stellungnahme	47
II.	Untätigkeit des Höchstbietenden	48
1.	Sachverhalt und Entscheidungen der Gerichte	48
2.	Stellungnahme	50
III.	Russian Roulette als richterlich angeordnetes Trennungsverfahren	52
1.	Sachverhalt und Entscheidung des Gerichts	52
2.	Stellungnahme	54
C.	Zwischenfazit: Anerkennung im Ausland	55
Teil 3: Zulässigkeit nach deutschem Recht		59
§ 6	<i>Formfragen</i>	61
A.	Pflicht zur Beurkundung bei Vereinbarung	61
I.	Vereinbarung bei Gesellschaftsgründung	61
1.	Formbedürftigkeit nach § 2 GmbHG	61
a)	Grundlagen und Begriff des Gesellschaftsvertrags	61
b)	Anwendung auf Russian Roulette und Texas Shoot Out	64
2.	Formbedürftigkeit nach § 15 Abs. 4 GmbHG	65
II.	Vereinbarung nach Gesellschaftsgründung	66
1.	Materieller Satzungsbestandteil	66
2.	Formeller Satzungsbestandteil	67
B.	Pflicht zur Beurkundung bei Ausübung	68
I.	Meinungsspektrum im Schrifttum	69
II.	Stellungnahme	71

1. Formfreiheit als verallgemeinerungsfähiger Grundsatz.	71
a) Rechtshistorischer Hintergrund	72
b) Älteres Schrifttum: Ausnahmecharakter	72
c) Heutige Lage und gesetzgeberische Intention	73
d) Parallele zum Vorkaufsrecht des Mieters	74
e) Systematische Widersprüchlichkeit	75
2. Abgrenzung zu klassischen Optionsrechten.	76
a) Bestimmtheit des Kaufpreises	77
aa) Beurkundungsrechtlicher Vollständigkeitsgrundsatz	78
bb) Anwendung auf Russian Roulette und Texas Shoot Out	80
b) Verteilung der Parteirollen	81
c) Entbehrlichkeit erneuter Beurkundung	82
aa) Formzwecke des § 15 GmbHG	82
bb) Anwendung auf Russian Roulette und Texas Shoot Out	84
C. Zwischenfazit: Formpflicht bei Vereinbarung und Zweifel bei Ausübung	85
§ 7 „Spiel“charakter	87
A. Begriff und Abgrenzung des Spiels	87
I. Glücks- und Geschicklichkeitsspiele	87
II. Wirtschaftliche Zwecksetzung	88
B. Zwischenfazit: Fehlender Spielzweck	88
§ 8 <i>Beschränkung des Kündigungs- und Austrittsrechts</i>	89
A. Grundlagen gesellschaftsrechtlicher Kündigungs- und Austrittsrechte	89
B. Anwendung auf Russian Roulette und Texas Shoot Out	91
I. Beschränkung des ordentlichen Kündigungsrechts	91
1. Verfahrenserfordernisse und Andienungsrecht	92
2. Ersetzen des ordentlichen Kündigungsrechts.	94
3. Zeitliche Beschränkungen	95
a) Einflussnahme durch Befristungen	96
b) Cooling Off, (Re-)Aktionsfristen und sonstige Verzögerungen	97
II. Beschränkung des außerordentlichen Kündigungs- und Austrittsrechts	97
1. Unterschiede zum ordentlichen Kündigungs- und Austrittsrecht	97
2. Verhältnis von Klausel und außerordentlichem Kündigungs- und Austrittsrecht	99
a) Pattsituation als wichtiger Grund	99
b) Vertragliche Gestaltungsmöglichkeiten	100
aa) Konkurrenz von Klausel und Kündigungs- bzw. Austrittsrecht	100
bb) Vollständiges Ersetzen	102
(1) Außerordentliches Kündigungsrecht	102
(2) Außerordentliches Austrittsrecht	103
(3) Voraussetzungslose Klauseln	104

cc) „Partielles Ersetzen“ und Regelung über den wichtigen Grund	105
(1) Gestaltungsgrenzen und Differenzierung nach Rechtsform?	105
(2) Stellungnahme	107
dd) Rechtsfolgenorientierter Ansatz	108
III. Beschränkung des Abfindungsanspruchs	109
1. Maßgeblicher Zeitpunkt	110
2. Fehlende Konkretisierung der Abfindungshöhe	110
3. Sonderfall des Deterrent Approach	111
C. Zwischenfazit: Vermeidungsstrategien und Rechtsunsicherheit	112
§ 9 <i>Missbrauchsgefahr</i>	114
A. Treuwidriges Herbeiführen des Bedingungseintritts	114
I. Stand im Schrifttum	114
II. Verschärfung durch Zeitdruck, Rechtsunsicherheit und Beweisschwierigkeiten	115
III. Lösungsansätze und praktische Erwägungen	116
B. Sittenwidrigkeits- und Ausübungskontrolle	118
I. Nichtigkeit nach § 138 Abs. 1 BGB	118
1. Unangemessen niedriger Erwerbspreis	118
2. Hinauskündigungsähnliche Wirkung	120
a) Grundlagen von Hinauskündigungsklauseln	120
aa) Stand in der Rechtsprechung	120
bb) Stand im Schrifttum und Stellungnahme	121
b) Anwendung auf Russian Roulette und Texas Shoot Out	123
aa) Entscheidung des Oberlandesgerichts Nürnberg	123
bb) Stellungnahme	123
(1) Bedeutung der Vertragsfreiheit	124
(2) Rechtfertigung durch Konfliktlösung als Zweck der Klausel?	126
(a) Differenzierung zwischen freien und voraussetzungsgebundenen Klauseln	126
(b) „Hineinlesen“ von Rechtfertigungsgründen	126
(3) Anfängliches Machtgefälle und Intensitätsniveau	128
II. Korrektur nach § 242 BGB	131
1. Unangemessen niedriger Erwerbspreis	131
a) Methodische Herleitung	132
b) Anpassung und Abwägungskriterien	133
2. Hinauskündigungsähnliche Wirkung	134
a) Machtgefälle und Differenzierung nach Zwang und Verhaltensalternativen?	134
aa) Qualitative Abstufung	135
bb) Stellungnahme	135

b) Wirkungsorientierte Betrachtung und Einzelfallabwägung	137
III. Rechtsfolgen	138
1. Nichtigkeit nach § 138 Abs. 1 BGB	138
2. Anpassung nach § 242 BGB	139
C. Zwischenfazit: Unvermeidbarkeit des Missbrauchsrisikos und offene Fragen	140
 Teil 4: Stärken, Schwächen und praktische Realisierung	143
§ 10 Vor- und Nachteile des Verfahrens	145
A. Vorteile	145
I. Schnelligkeit	145
II. Grundsatz der Preisgerechtigkeit	146
III. Verhandlungsdruck	147
B. Nachteile	147
I. Regelungsintensität	147
II. Missbrauchspotenzial	148
III. Planungsunsicherheit	149
C. Zwischenfazit: Ausgeglichenheit	149
§ 11 Ökonomische Perspektive	151
A. Ökonomische Grundlagen	151
I. I cut, you choose/divide and choose	152
II. Effizienz	153
III. Fairness	155
B. Analyse des Auflösungsmechanismus und seiner Folgen	157
I. Modellierung und Realitätsnähe	158
II. Bedeutung der Informationsstruktur	159
1. Theoretische Einführung	159
2. Vollständige Information	161
a) Bietverhalten, Effizienz und Neidfreiheit	161
b) Präferenz für die Rolle des Anbietenden	163
3. Symmetrisch unvollständige Information	164
a) Bietverhalten und Median als Maßstab	164
b) Fälle ineffizienter Verteilung	166
4. Asymmetrische Information	167
a) Anbietender mit Informationsdefizit	168
b) Anbietender mit Informationsvorsprung	168
aa) Effizienz und Fairness bei „wahrheitsgemäßer“ Preisfestlegung	168
bb) Kein strategisches Verhalten?	169
cc) Präferenz für die Rolle des Angebotsempfängers	170
C. Lösungsansätze	171
I. Zufällige und statische Verfahren	172

II. Vorgeschaltete Verhandlungsrunde	173
1. Grundidee	173
2. Bewertung, Umsetzung und Missbrauchsgefahr	173
III. Rechtliche Möglichkeiten	175
1. Sittenwidrigkeits- und Ausübungskontrolle	175
a) Vergleichbarkeit zu Hinauskündigungsklauseln	175
b) Unangemessen niedriger Erwerbspreis	176
2. Informationsausgleich durch Informationspflicht	176
a) Informationspflicht von Gesetzes wegen	177
aa) Anfechtungsrecht	177
(1) Arglistige Täuschung durch Unterlassen	177
(2) Gesellschaftliche Treuepflicht als besonderes Verhältnis	178
bb) Schadensersatzansprüche	180
(1) Tatbestand	180
(2) Schadensbestimmung	182
(a) Grundlagen und Ausgangsszenario	182
(b) Grundsatz der Vertragsaufhebung	183
(c) Festhalten am Vertrag, Interessen der Parteien und Stellungnahme	184
b) Vertraglich vereinbarte Informationspflicht	185
aa) Schadensbestimmung	185
bb) Stellungnahme	186
c) MAC-Klauseln	187
3. Sonstige gestalterische Maßnahmen	187
D. Zwischenfazit: Effizienz- und Fairnessmängel	188
§ 12 <i>Rechtspraktische Realisierung</i>	191
A. (Un-)geeignete Gesellschafterkonstellationen	191
I. Zweipersonengesellschaften als Idealfall	191
1. Paritätische Beteiligungsquoten	192
2. Nichtparitätische Beteiligungsquoten	192
II. Mehrpersonengesellschaften als Problemfall	193
1. Schwierigkeiten kautelarjuristischer Gestaltung	194
a) Rechtsfolgenseite	194
aa) Conflicting triggerings	194
bb) Inconsistent elections	196
(1) Angebot an einzelne(n) Gesellschafter	196
(2) „Vereinheitlichung“ der Angebotsempfänger	197
(3) Kaufpflicht gegenüber sämtlichen Verkaufswilligen	198
(a) Unsicherheit über den Umfang der Verpflichtung	198
(b) Lösung durch Kenntnisverschaffung?	199
b) Tatbestandsseite: Deadlock im Mehrpersonenverhältnis	200
2. Mehrpersonengesellschaft als quasi-paritätische Zweipersonengesellschaft	201

3. Sealed Bid-Verfahren als Ausweg?	202
B. Zeitpunkt und Regelungsort	203
I. Präventiv- oder ad hoc-Regelung?	204
II. Gesellschaftsvertrag oder Nebenabrede?	206
1. Vor- und Nachteile der Regelungsmöglichkeiten.	206
2. Stellungnahme	207
III. Einsatz als richterlich angeordnete (Zwangs-)Maßnahme	208
1. Vor- und Nachteile	209
2. (Keine) Anwendungsmöglichkeiten de lege lata	210
a) Regelungen im angloamerikanischen Recht	210
b) Regelung im deutschen Recht.	211
aa) Fehlender Gestaltungs- und Umsetzungsspielraum	212
bb) Konfliktlösung auf Ebene der Liquidatoren	213
C. Zwischenfazit: Beschränktes Einsatzgebiet	214
Teil 5: Schlussbetrachtung	217
§ 13 „Licht und Schatten“	219
§ 14 Zusammenfassung in Thesen	222
Literaturverzeichnis	227
Sachverzeichnis	255

Abkürzungsverzeichnis

ABGB	Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch
Acta Psychol.	Acta Psychologica
Actes prat. ing. sociétaire	Actes pratiques et ingénierie sociétaire
Am. Econ. Rev.	American Economic Review
Am. J. Comp. L.	American Journal of Comparative Law
Am. J. Soc.	American Journal of Sociology
Am. Math. Monthly	American Mathematical Monthly
BGE	Entscheidungen des Schweizerischen Bundesgerichts
Bull. civ.	Bulletin civil de la Cour de cassation
Bull. Joly Sociétés	Bulletin Joly Sociétés
Bus. Law.	Business Lawyer
C. civ.	Code civil
C. com.	Code de commerce
CA	Cour d'appel
Cardozo L. Rev.	Cardozo Law Review
Cass.	Cour de cassation
Cass. com.	Cour de cassation, chambre commerciale
Clev. St. L. Rev.	Cleveland State Law Review
College Math. J.	College Mathematics Journal
Colum. Bus. L. Rev.	Columbia Business Law Review
Comp. L. Y.B. Int'l Bus.	Comparative Law Yearbook of International Business
D.	Recueil Dalloz
Del. J. Corp. L.	Delaware Journal of Corporate Law
Dr. sociétés	Droit des sociétés
Dr. sociétés, actes prat.	Droit des sociétés, actes pratiques
Econ. J.	Economic Journal
Econ. Lett.	Economics Letters
Econ. Theory	Economic Theory
Eur. Company & Fin. L. Rev.	European Company and Financial Law Review
Eur. Econ. Rev.	European Economic Review
Games & Econ. Behav.	Games and Economic Behavior
Gaz. Pal.	Gazette du Palais
Harv. Bus. Rev.	Harvard Business Review
Harv. Int'l L. Club J.	Harvard International Law Club Journal
Harv. L. Rev.	Harvard Law Review
J. Bus. L.	Journal of Business Law
J. Corp. L.	Journal of Corporation Law
J. Econ. & Mgmt. Strategy	Journal of Economics & Management Strategy
J. Econ. Behav. & Org.	Journal of Economic Behavior & Organization

J. Econ. Lit.	Journal of Economic Literature
J. Econ. Persp.	Journal of Economic Perspectives
J. Econ. Theory	Journal of Economic Theory
J. Inst. & Theor. Econ.	Journal of Institutional and Theoretical Economics
J. Mo. B.	Journal of the Missouri Bar
J. Small Bus. & Enterprise Dev.	Journal of Small Business and Enterprise Development
JCP E	Juris-classeur périodique, édition entreprise/La semaine juridique – entreprise et affaires
LJ	Liechtenstein-Journal
Math. Gaz.	Mathematical Gazette
Math. Intell.	Mathematical Intelligencer
Math. Mag.	Mathematics Magazine
Math. Soc. Sci.	Mathematical Social Sciences
Mgmt. Sci.	Management Science
Minn. L. Rev.	Minnesota Law Review
Miss. L.J.	Mississippi Law Journal
Nev. L.J.	Nevada Law Journal
NZ	Österreichische Notariatszeitung
OR	Obligationenrecht
Oxf. Econ. Pap.	Oxford Economic Papers
Prac. Law.	Practical Lawyer
RAND J. Econ.	RAND Journal of Economics
RDAI/Int'l Bus. L.J.	Revue de droit des affaires internationales/International Business Law Journal
RDC	Revue des contrats
Real Prop. Prob. & Tr. J.	Real Property, Probate and Trust Journal
REPRAX	Zeitschrift zur Rechtsetzung und Praxis im Gesellschafts- und Handelsregisterrecht
Rev. Econ. Stud.	Review of Economic Studies
Rev. sociétés	Revue des sociétés
RJDA	Revue de jurisprudence de droit des affaires
RLDA	Revue Lamy droit des affaires
RLDC	Revue Lamy droit civil
RTD civ.	Revue trimestrielle de droit civil
RTD com.	Revue trimestrielle de droit commercial
RTDF	Revue trimestrielle de droit financier
SJZ	Schweizerische Juristen-Zeitung/Revue suisse de jurisprudence
Soc. Choice & Welfare	Social Choice and Welfare
SZW/RSDA	Schweizerische Zeitschrift für Wirtschafts- und Finanzmarktrecht/Revue suisse de droit des affaires et du marché financier
T. com.	Tribunal de commerce
U. Chi. L. Rev.	University of Chicago Law Review
Va. L. Rev.	Virginia Law Review
Wash. & Lee L. Rev.	Washington and Lee Law Review
Wash. U.L. Rev.	Washington University Law Review
WISU	Das Wirtschaftsstudium
Wm. & Mary L. Rev.	William & Mary Law Review

WPS	Working Paper Series
Yale J. on Reg.	Yale Journal on Regulation
Yale L.J.	Yale Law Journal
ZfB	Zeitschrift für Betriebswirtschaft

Hinsichtlich inländischer Abkürzungen sei verwiesen auf das Standardwerk *Kirchner, Hildebert (Begr.)/Böttcher, Eike: Abkürzungsverzeichnis der Rechtsprache*, 9. Auflage, Berlin/Boston 2018. Weitere ausländische Abkürzungen finden sich in den jeweiligen nationalen Zitierstandards, soweit solche existieren (für die Vereinigten Staaten das Bluebook [A Uniform System of Citation], 20. Auflage, Cambridge 2016, für Kanada der Canadian Guide to Uniform Legal Citation/Manuel canadien de référence juridique, 9. Auflage, Toronto 2018, für Australien der Australian Guide to Legal Citation, 4. Auflage, Melbourne 2018).

Teil I

Einleitung

§ 1 „Wundermittel“ zur Konfliktlösung im Gesellschaftsrecht?

„Pattsituationen [...] sind Teufelszeug.“¹

„Beim Betreten des Konferenzraumes zog er in James-Bond-Pose sein Dienst-Handy wie einen Revolver aus der Hose, zeigte auf die Murdoch-Leute und brüllte laut: ‚Shoot-out‘ – eine komödiantische Anspielung auf die anstehende Entscheidungsschlacht um Vox.“²

Die Gründung einer Gesellschaft ist bei den zukünftigen Gesellschaftern mit einer Reihe von Hoffnungen und Wünschen verbunden, zu denen nicht zuletzt eine gute und möglichst reibungslose Zusammenarbeit zählt. Leider wird diese Hoffnung allzu oft enttäuscht. Entweder war man sich im Kreis der Gesellschafter schon zu Beginn nicht in allen Punkten so einig, wie es anfangs vielleicht noch den Anschein hatte, oder im Verlauf der Kooperation zeigen sich erste Differenzen. Zunächst mögen es nur kleinere Unstimmigkeiten sein, doch dreht sich die Eskalationsspirale³ immer weiter, können früher oder später auch elementare Beschlüsse betroffen und damit der wirtschaftliche Fortbestand der Gesellschaft gefährdet sein.⁴ Führt dies zu einer Selbstblockade, bei der sich die Gesellschafter durch entgegengesetztes Abstimmungsverhalten untereinander „stilllegen“, und sind alle sonstigen Konfliktvermeidungs- und -lösungsmechanismen ausgeschöpft,⁵ lässt sich die Funktionsfähigkeit der Gesellschaft oft nur durch eine Trennung der zerstrittenen Gesellschafter wiederherstellen.⁶

¹ O. V., LJ 2014, 29, 29. Plastisch von der „Achillesferse des Gesellschaftsrechts“ spricht *Wälzholz*, NWB 2018, 190, 190, ganz ähnlich *Wedemann*, *Gesellschafterkonflikte*, 2013, S. 1.

² *Jakobs*, *Der Spiegel* 50/1999, 108, 108 zu einer zwischen den Anteilseignern eines deutschsprachigen Privatsenders vereinbarten Russian Roulette-Klausel. Dieses Beispiel findet auch Erwähnung bei *de Frutos/Kittsteiner*, 39 RAND J. Econ. 184, 185, Fn. 3 (2008).

³ Als grundlegend gilt in diesem Zusammenhang das Eskalationsmodell von *Glasl*, *Konfliktmanagement*, 11. Aufl. 2013, S. 235 ff. m. w. N.

⁴ Statt vieler *Schulte/Sieger*, NZG 2005, 24, 24; *Elfring*, NZG 2012, 895, 895; *Holler/Frese*, BB 2014, 1479, 1479; *Willms/Bicker*, BB 2014, 1347, 1347.

⁵ Siehe zu diesen statt vieler *Kalrath*, *notar* 2014, 75, 76 ff.; *Robles y Zepf/Girnth/Stumm*, BB 2016, 2947, 2947 ff.; *Wälzholz*, NWB 2018, 190, 192 ff.

⁶ *Willms/Bicker*, BB 2014, 1347, 1347. Vgl. auch *Werner*, *GmbH* 2005, 1554, 1554; *Werner*, NWB 2011, 1551, 1551 f.; *Schroeder/Welpot*, NZG 2014, 609, 610; *Schwartz/Wendenburg*, in: *Trenczek/Berning/Lenz/Will*, *Mediation*, 2. Aufl. 2017, 5.6 Rn. 6. *Kozyris*, 17 Am.

In der anfänglichen Euphorie machen sich die Beteiligten aber zuweilen wenig Gedanken darüber, wie sich die Zusammenarbeit im Streitfall in geordneter Form wieder beenden ließe – oder vertrauen schlicht darauf, dass man sich „dann schon einigen“ werde.⁷ Tatsächlich erweisen sich spontan ausgehandelte Lösungen zur Trennung aber häufig als wenig realistisch, insbesondere dann, wenn dieses Ziel durch das Ausscheiden eines Gesellschafters unter Übertragung seiner Anteile auf einen Mitgesellschafter erreicht werden soll.⁸

Diese grundlegende Problematik ist der kautelarjuristischen Praxis seit Jahren bekannt. Es liegt an den rechtlichen Beratern, vor dem Risiko der Selbstblockade zu warnen und einen geeigneten Konfliktlösungsmechanismus vorzuschlagen,⁹ aber auch anzuregen, die Frage der Beendigung der Gesellschaft zu regeln¹⁰. Geschieht dies nicht und stellt man letztendlich fest, dass das Ausscheiden eines Gesellschafters unvermeidlich ist, kann es schon zu spät sein. Wer soll die Gesellschaft verlassen, wer übernimmt die Anteile des Ausscheidenden und, vor allem, zu welchem Preis?¹¹ Solche Fragen lassen sich nach bereits eingetretenem Konfliktfall kaum mehr einvernehmlich klären. Doch selbst falls die Parteien einen grundsätzlich geeigneten Mechanismus vereinbart haben, werden die anschließenden „Verteilungskämpfe“ oft erbittert geführt. Die Frage nach der angemessenen Abfindungshöhe ist besonders häufig Gegenstand zäher Diskussionen und anschließender rechtlicher Auseinandersetzungen.¹² Der Ausscheidende möchte aus wirtschaftlich nachvollziehbaren Gründen so viel Geld wie möglich für seine Anteile erhalten, die Gesellschaft und so auch die verbleibenden Gesellschafter ihm aber, ebenso nachvollziehbar, nur so wenig wie möglich zahlen.¹³ Allein durch die Entscheidung über die Person des Ausscheidenden ist der Streit zwischen den Gesellschaftern also noch nicht zwingend endgültig gelöst.

Hier versprechen die in dieser Arbeit im Fokus stehenden Klauseln Abhilfe, die unter einer Vielzahl verschiedener Bezeichnungen bekannt sind, unter ande-

J. Comp. L. 503, 524 (1969) spricht bildlich von „drastic surgery“, die zur Lösung des Konflikts erforderlich ist.

⁷ Vgl. *Schwartz/Wendenburg*, in: *Trenczek/Berning/Lenz/Will*, Mediation, 2. Aufl. 2017, 5.6 Rn. 5.

⁸ Als „bloße Illusion“ bezeichnen diese Hoffnung *Schulte/Sieger*, NZG 2005, 24, 25; *Draxler*, Private Equity Exit, 2010, S. 138; *Weidmann*, DStR 2014, 1500, 1501; *Schulte/Pohl*, Joint-Venture-Gesellschaften, 4. Aufl. 2015, Rn. 790. Inhaltlich ebenso *Werner*, GmbHR 2005, 1554, 1556; *Werner*, NWB 2011, 1551, 1552.

⁹ Siehe z. B. die Ausführungen von *Schulte/Pohl*, Joint-Venture-Gesellschaften, 4. Aufl. 2015, Rn. 686 ff.; *Lutz*, Gesellschafterstreit, 5. Aufl. 2017, Rn. 546a ff.

¹⁰ Vgl. *Bachmann/Eidenmüller/Engert/Fleischer/Schön*, Rechtsregeln, 2012, S. 69.

¹¹ *Svernlöv*, 1991 J. Bus. L. 601, 616; *Kallrath*, notar 2014, 75, 82. Vgl. auch *Werner*, NWB 2011, 1551, 1552.

¹² Statt vieler *Schulte/Sieger*, NZG 2005, 24, 25; *Schmolke*, ZIP 2014, 897, 898; *Schmolke*, in: *Vogt/Fleischer/Kalss*, Gesellschafts- und KapitalmarktR, 2014, S. 107, 125; *Langenfeld/Miras*, GmbH-Vertragspraxis, 7. Aufl. 2015, Rn. 376.

¹³ *Schroeder/Welpot*, NZG 2014, 609, 610; *Heusel/Goette*, GmbHR 2017, 385, 391.

rem dem titelgebenden Russian Roulette und Texas Shoot Out. Im Schrifttum sind diese Klauseln zum Teil als (zu) drastische, unseriöse¹⁴, auf dem Grundsatz „Fressen oder gefressen werden“¹⁵ beruhende Konfliktlösungs- und Beendigungsmechanismen verschrien. Im Gegenzug locken sie aber damit, nicht nur vergleichsweise unkompliziert denjenigen zu bestimmen, der die Gesellschaft verlassen muss, sondern auch mittels eines speziellen Preisfindungsverfahrens einen wertgerechten Ausstiegspreis zu ermitteln. Das Ausscheiden eines Gesellschafters wäre so innerhalb verhältnismäßig kurzer Zeit vollzogen, langwierige Rechtsstreitigkeiten würden vermieden. Das klingt zunächst nach einem kautelarjuristischen „Wundermittel“¹⁶ – und damit fast zu schön, um wahr zu sein. Tatsächlich werden die Vorteile des Verfahrens mit einigen Nachteilen in Form potenzieller rechtlicher und wirtschaftlicher Probleme und Unsicherheiten teuer erkaufte. Wie sich zeigen wird, gibt es aber durchaus Konstellationen, in denen „radikale Ausstiegsklauseln“¹⁷ tatsächlich das halten, was sie versprechen.

§ 2 Forschungsstand und Forschungsziel

Die Einschätzung des Forschungsstands zu Russian Roulette, Texas Shoot Out und Co. hängt erheblich vom eingenommenen Blickwinkel ab. Die Quellenlage mag daher entweder noch übersichtlich und konzentriert oder kaum mehr überschaubar und stark fragmentiert erscheinen. Legt man den Fokus zunächst auf die rein deutsche (nicht einmal deutschsprachige) rechtswissenschaftliche Diskussion, finden sich nur vergleichsweise wenige detaillierte Stellungnahmen zu den hier diskutierten Klauseln. Noch dünner wird es mit Blick auf gerichtliche Äußerungen. Es gibt mit einem Urteil des Oberlandesgerichts Nürnberg aus dem Jahr 2013¹⁸ derzeit nur eine einzige (!) Entscheidung eines deutschen Gerichts, die sich der Vereinbarkeit solcher Klauseln mit dem deutschen Recht widmet – und selbst das nur in einem *obiter dictum*¹⁹. Die hier diskutierten Vereinbarungen wurden zwar auch in anderem Zusammenhang zumindest erwähnt, aber lediglich vor einem sozialrechtlichen Hintergrund besprochen.²⁰ Die ins-

¹⁴ In diesem Sinne jedenfalls für Familiengesellschaften *Kormann/Schmeing*, FuS 2016, 13, 18.

¹⁵ So *Valdini/Koch*, GWR 2016, 179, 179.

¹⁶ So *Wedemann*, Gesellschafterkonflikte, 2013, S. 493; *Brockmann*, Shoot-Out-Klauseln, 2017, S. 3.

¹⁷ So die Formulierung bei *Schulte/Sieger*, NZG 2005, 24 ff., die in der vorliegenden Arbeit mehrfach aufgegriffen wird.

¹⁸ OLG Nürnberg, Urteil v. 20.12.2013 – Az. 12 U 49/13, NJW-RR 2014, 418 ff.

¹⁹ So statt vieler *Schaper*, DB 2014, 821, 822; *Schroeder/Welpot*, NZG 2014, 609, 614; *Lange/Sabel*, NZG 2015, 1249, 1251.

²⁰ So in SG München, Urteil v. 20.05.2014 – Az. S 47 R 2095/13, BeckRS 2014, 120004; LSG Bayern, Urteil v. 12.11.2015 – Az. L 14 R 731/14, BeckRS 2015, 118216.

gesamt vergleichsweise spärliche Quellenlage lässt daher auf ein bisher eher oberflächlich untersuchtes vertragliches Gestaltungsmittel schließen.

Eine breiter angelegte Betrachtung zeigt jedoch ein gänzlich anderes Bild. Zum einen sind Russian Roulette, Texas Shoot Out und ähnliche Mechanismen mittlerweile in einer Vielzahl an Rechtsordnungen international verbreitet und in vielen dieser Länder liegen neben wissenschaftlichen Stellungnahmen auch erste Urteile zur Vereinbarkeit mit dem jeweiligen nationalen Recht vor. Die dort enthaltenen Wertungen können aufgrund der nationalen Besonderheiten zwar nur zurückhaltend ins deutsche Recht übertragen werden, allerdings dreht sich die Diskussion in den einzelnen Staaten immer wieder um ähnliche Probleme, zu denen kaum spezifische gesetzliche Vorgaben existieren. Vor diesem Hintergrund bietet es sich an, Wertungen und Lösungsansätze ausgesuchter ausländischer Rechtsordnungen auch im Rahmen des deutschen Rechts zu berücksichtigen. Zum anderen haben die hier behandelten Klauseln seit längerem das Interesse des wirtschaftswissenschaftlichen Schrifttums geweckt. Die ökonomischen Erkenntnisse über eine mögliche (In-)Effizienz und (Un-)Fairness des Verfahrens können Impulse für die Frage nach der Geeignetheit der Verfahren und deren vertragliche Gestaltung geben.

Sowohl die internationale Verbreitung als auch die ökonomischen Befunde wurden und werden im deutschen rechtswissenschaftlichen Schrifttum bisher weitgehend ignoriert – und wenn überhaupt, dann eher oberflächlich behandelt. An diesem Befund haben auch die zwischenzeitlich zur Thematik erschienenen rechtswissenschaftlichen Dissertationen²¹ kaum etwas geändert. Die vorliegende Arbeit soll diese Lücke schließen. Sie ist dabei nicht als definitives Handbuch der hier diskutierten Mechanismen zu verstehen, versucht also nicht, sämtliche Aspekte des Verfahrens umfassend abzudecken. Sie untersucht vielmehr einzelne, besonders relevante Problembereiche und erörtert sie vertiefter, als dies bisher im Schrifttum geschehen ist. Gleichzeitig bindet diese Arbeit die rechtliche Lage in anderen Ländern und die wirtschaftswissenschaftlichen Erkenntnisse in die Untersuchung ein und gibt auf dieser Grundlage Empfehlungen und Einschätzungen für die Rechtspraxis. Dazu wird erstmals in detaillierter Form und anhand ausgewählter Entscheidungen die Diskussion zu Russian Roulette, Texas Shoot Out und Co. in Frankreich und den Vereinigten Staaten dargestellt und das mittlerweile recht umfangreiche wirtschaftswissenschaftliche Schrifttum möglichst allgemeinverständlich aufbereitet. Im Zusammenspiel mit den im Einzelnen bisher ungeklärten Fragen der Zulässigkeit nach deutschem Recht zeigt sich so ein problembezogenes und interdisziplinäres Bild aus nationaler und rechtsvergleichender Perspektive.

²¹ Brockmann, Shoot-Out-Klauseln, 2017; Hornung, Shoot-Out-Klauseln, 2018.

§ 3 Gang der Untersuchung

Der Aufbau folgt vor dem Hintergrund der hohen praktischen Relevanz grob dem Gedankengang einer anwaltlichen Beratungssituation: Vorüberlegungen – rechtliche Zulässigkeit – praktische Umsetzung. Eingangs stellt sich also untechnisch gesprochen die Frage, „worum es überhaupt geht“ (Teil 2). Geklärt werden zunächst allgemeine Aspekte von Russian Roulette, Texas Shoot Out und Co., unter anderem ihr Aufbau, ihre Funktionsweise und erste, grobe Wahlmöglichkeiten des Mandanten (§ 4). Mit diesen Informationen ist es bereits möglich, auf Besonderheiten der spezifischen Beratungssituation einzugehen und die Klausel inhaltlich weitestgehend zu konkretisieren. Eine eindeutige Trennung dieser Grundlagen von Fragen der bestmöglichen rechtspraktischen Umsetzung ist dabei naturgemäß nicht immer möglich, zumal einige dieser „taktischen“ Aspekte schon für die Frage der rechtlichen Zulässigkeit relevant sind und daher vorab besprochen werden müssen. Bereits an dieser Stelle erfolgt außerdem der komprimierte Blick auf ausländische Rechtsordnungen, um ein erstes Gespür für die rechtlichen Probleme zu vermitteln und die gefundenen Ergebnisse an geeigneter Stelle in die Diskussion zum deutschen Recht einfließen lassen zu können (§ 5).

Anschließend folgt mit der Zulässigkeit nach deutschem Recht das Herzstück der Untersuchung (Teil 3), das sich auf vier Problemkomplexe herunterbrechen lässt. Erstens geht es um eventuelle Formpflichten im Zusammenhang mit der Vereinbarung und auch der Ausübung der Klauseln nach dem GmbHG (§ 6). Zweitens wird kurz auf die Frage eingegangen, ob es sich bei Russian Roulette, Texas Shoot Out und Co. möglicherweise um ein Spiel im Sinne des § 762 BGB handelt (§ 7). Drittens geht es darum, ob und inwiefern zwingende Kündigungs- und Austrittsrechte der Parteien durch die hier behandelten Vereinbarungen tangiert werden (§ 8). Abschließend folgt mit der Diskussion über Sittenwidrigkeits- und Missbrauchsaspekte der wohl umstrittenste Punkt radikaler Ausstiegsklauseln (§ 9), bei dem die rechtliche Kontrolle nach §§ 138 Abs. 2, 242 BGB im Mittelpunkt steht.

Nachdem geklärt ist, dass solche Klauseln bei entsprechend sorgfältiger Gestaltung zumindest rechtswirksam vereinbart werden *können*, geht es zuletzt um die Frage der praktischen Anwendung (Teil 4). Zunächst werden kurz die allgemeinen Vor- und Nachteile der Klauseln erörtert (§ 10) und anschließend ausführlich um einen besonderen dieser Vor- bzw. Nachteile ergänzt, nämlich die Spezialfrage der Effizienz und Fairness im ökonomischen Sinne (§ 11). Zuletzt bleibt noch die Frage der rechtspraktischen Realisierung zu klären (§ 12). Dabei verzichtet diese Arbeit bewusst auf einen konkreten Formulierungsvorschlag, hinsichtlich dessen insbesondere auf die einschlägigen, mehrfach zitierten Vertragshandbücher verwiesen sei. In § 12 wird vielmehr die Frage nach geeig-

neten Gesellschafter- und Beteiligungskonstellationen sowie nach dem günstigsten Zeitpunkt und Regelungsort der Vereinbarung behandelt.

Im Rahmen der Schlussbetrachtung (Teil 5) wird zunächst ein abschließender (Rück-)Blick auf Russian Roulette, Texas Shoot Out und Co. geworfen (§ 13), bevor die wichtigsten Erkenntnisse thesenartig zusammengefasst werden (§ 14).

Teil 2

Thematischer und rechtsvergleichender Überblick

Zu Beginn dieser Arbeit muss man sich die Grundlagen der hier diskutierten Klauseln vor Augen führen, zu denen neben dem jeweiligen Ablauf auch ihre grobe rechtliche Struktur, die terminologische Differenzierung und das häufigste praktische Anwendungsfeld der Joint Ventures gehören. Der Blick auf andere Länder sorgt anschließend nicht nur für ein besseres Verständnis der rechtlichen Schwierigkeiten, sondern ermöglicht es auch, Wertungen aus ausländischen Rechtsordnungen speziell für die nachfolgende Diskussion im deutschen Recht herauszuarbeiten.

Sachregister

- Abfindungsanspruch
 - Inhalt und Beschränkung 90 f., 109 ff., 118 f.
 - Korrektur 131 ff.
- Abkühlungsphase 11 f.
- ad hoc-Vereinbarung 204 f.
- Aktionsfrist 13
- Andienungsrecht 93, 97
- Anfechtung 101, 176 ff.
 - *siehe auch* Informationspflicht
- Aufklärungspflicht, *siehe* Informationspflicht
- Auktion 20 f., 159 ff.
- Auslösetatbestand 12 f.
- Australien 56 f.
- Austrittsrecht
 - Ersetzen 103 f., 105 ff.
 - Inhalt 89 f., 97 ff.
 - *siehe auch* Kündigungsrecht, außerordentliches, Kündigungsrecht, ordentliches
- Ausübung, *siehe* Initiierung
- Ausübungskontrolle 131 ff., 139 f.
- Automatismus (des Vollzugs) 18, 93, 183

- Bedeutung, rechtspraktische (Empirie) 220 f.
- Bedingung
 - Formpflicht 65 f.
 - Herbeiführen (Frankreich) 36 f.
 - Potestativ- (Frankreich) 40 ff.
 - (treuwidriges) Herbeiführen (Deutschland) 114 ff.
 - Trigger Event 12 f.
 - (Zweck der) Konfliktlösung 126 ff.
- Belgien 56 f.
- Bestimmtheit (des Kaufpreises)
 - Deutschland 77 ff.
 - Frankreich 40 ff.
 - *siehe auch* Beurkundungspflicht
- Beteiligungsstruktur, *siehe* Mehrpersonengesellschaft, Zweipersonengesellschaft
- Beurkundungspflicht
 - bei Ausübung 68 ff.
 - bei Vereinbarung 61 ff.
 - Formzweck 82 ff.
 - Umfang 78 ff.
- Blind Bid 20 f.
- bonne foi (Frankreich) 37

- cake cutting 151 ff.
- Cooling Off-Periode 11 f.
- custodian (USA) 53 f.

- Deadlock
 - Begriff 13 ff.
 - Mehrpersonengesellschaft 200 f.
- Deterrent Approach 22, 111 f., 119
- dissolution (USA) 52 f.
- divide and choose 151 ff.

- Effizienz(kriterium) 153 ff.
- Einigungsdruck 147, 205
- Einleitung, *siehe* Initiierung
- Empirie (Rechtspraxis) 220 f.
- Entscheidungsstillstand, *siehe* Deadlock

- Fairness (Ökonomik) 155 ff.
- fiduciary duty (USA) 46 ff.
 - *siehe auch* Treuepflicht (des Gesellschafters)
- Form/Formbedürftigkeit/Formfreiheit/Formpflicht, *siehe* Beurkundungspflicht
- Frankreich 26, 32 ff.

- GbR/Gesellschaft bürgerlichen Rechts
- Joint Venture 27 f.
 - Kündigung(srecht) 89 ff.
 - *siehe auch* Kündigungsrecht, außerordentliches, Kündigungsrecht, ordentliches, Mehrpersonengesellschaft, Zweipersonengesellschaft
- Gesellschafterkonstellation, *siehe* Mehrpersonengesellschaft, Zweipersonengesellschaft
- GmbH/Gesellschaft mit beschränkter Haftung
- Joint Venture 28 f.
 - Formpflicht 28 f., 61 ff.
 - *siehe auch* Beurkundungspflicht, Mehrpersonengesellschaft, Zweipersonengesellschaft
- Hinauskündigung(sklausel)
- Deutschland 120 ff., 175
 - Frankreich 32 ff.
- I cut, you choose 151 ff.
- Informationspflicht
- Anfechtung 176 ff.
 - Inhalt/Herleitung 176 f.
 - Schadensersatz 180 ff., 185 ff.
- Informationsverteilung
- asymmetrische 167 ff.
 - Bedeutung 159 ff.
 - Lösungsansätze 171 ff.
 - (symmetrisch) unvollständige 164 ff.
 - vollständige 161 ff.
- Initiierung
- Formpflicht 68 ff.
 - Frist 13
 - Gestaltung, vertragliche 11 ff.
- Joint Venture 26 ff.
- Kanada 211
- Kaufpreis
- Bestimmtheit, *siehe* Bestimmtheit (des Kaufpreises)
 - Ermittlung/Festlegung 15 ff.
- Knebelung 118 f.
- Kündigungsrecht, außerordentliches
- Ausgestaltung 100 ff.
 - Ersetzen 102 f., 105 ff.
 - Inhalt 89 ff., 97 ff.
 - *siehe auch* Austrittsrecht
- Kündigungsrecht, ordentliches
- Befristung 96 f.
 - Ersetzen 94 f.
 - Inhalt 89 ff., 91 ff.
 - Verfahrenserfordernis 92 f.
 - *siehe auch* Austrittsrecht
- MAC(-Klausel) 187
- Machtgefälle 128 ff., 134 ff.
- Machtungsgleichgewicht 128 ff., 134 ff.
- material adverse change 187
- Mehrpersonengesellschaft
- Deadlock 200 f.
 - Eignung 193 ff.
 - *siehe auch* Zweipersonengesellschaft
- Missbrauchsrisiko 114 ff., 148
- Modellierung, ökonomische 158 f.
- Nebenabrede, schuldrechtliche 206 ff.
- *siehe auch* Beurkundungspflicht
- Nichtigkeit 118 ff., 138 f., 175 f.
- Option(srecht) 76 ff.
- Österreich 25, 56
- Pattsituation, *siehe* Deadlock
- Pflicht zur Aufklärung, *siehe* Informationspflicht
- Pflicht zur Beurkundung, *siehe* Beurkundungspflicht
- Pflicht zur Information, *siehe* Informationspflicht
- Pflichtverletzung (Frankreich) 35 ff.
- Potestativbedingung (Frankreich) 40 ff.
- *siehe auch* Bedingung
- Preisermittlung(sverfahren) 15 ff.
- Preisgerechtigkeit 110 f., 146 f.
- Reaktionsfrist 17 ff.
- *siehe auch* Untätigkeit
- Rechtfertigung 126 ff.
- Rechtspraxis (Empirie) 220 f.
- Russian Roulette 15 ff.
- Sale Shoot Out 19 f.

- Sanktion(scharakter) (Frankreich) 32 ff.
 Satzungsbestandteil 62 ff.
 – *siehe auch* Beurkundungspflicht
 Schnelligkeit (des Verfahrens) 145 f.
 Schweiz 24 f., 29, 56 f.
 Sealed Bid
 – Begriff 20 f.
 – Mehrpersonengesellschaft 202 f.
 Selbstblockade, *siehe* Deadlock
 Sittenwidrigkeit 118 ff., 138 f., 175 f.
 Spiel (Recht) 87 f.
 Spieltheorie 157 ff.
- Täuschung, arglistige 176 ff.
 – *siehe auch* Informationspflicht
 Terminologie 23 ff.
 Texas Shoot Out 19 f.
 Treu und Glauben 120 ff., 131 ff.
 Treupflicht (des Gesellschafters)
 – Deutschland 178 ff.
 – USA 46 ff.
 Trigger(ing) Event 12 f.
- Umfang (der Beurkundungspflicht) 78 ff.
 – *siehe auch* Beurkundungspflicht
- Ungleichgewicht 128 ff., 134 ff.
 Unsicherheit 147, 149, 205
 Untätigkeit
 – des Angebotsempfängers 17 ff.
 – des Höchstbietenden (USA) 48 ff.
 USA 25, 44 ff.
- Verhandlungsdruck 147, 205
 Verkehrswert, *siehe* Abfindungsanspruch
 Vertragsfreiheit 124 f.
 Vollständigkeitsgrundsatz 78 ff.
 – *siehe auch* Beurkundungspflicht
 Vollstreckung 17 ff., 173 f.
 (Vollzugs-)Automatismus 18, 93, 183
- Zeitpunkt (der Vereinbarung) 204 ff.
 Zufall 37 f., 40, 87, 172
 (Zwangs-)Maßnahme, richterliche 53 ff.,
 208 ff.
- Zweipersonengesellschaft
 – Eignung 191 ff.
 – GmbH-Recht (Deutschland) 211 f.
 – *siehe auch* Mehrpersonengesellschaft